



(07.05.2020) Gemeinsame PM:

Bündnis gegen Altersarmut unterstützt Forderung nach 100 Euro Corona-Soforthilfe für ärmere Menschen – Einführung der Grundrente darf nicht verschoben werden

Das baden-württembergische Bündnis gegen Altersarmut unterstützt den gemeinsamen Aufruf des DGB, des Paritätischen Gesamtverbands und weiterer bundesweiter Organisationen an die Bundesregierung, allen Menschen, die auf existenzsichernde Sozialleistungen wie Hartz IV angewiesen sind, einen pauschalen Mehrbedarf von 100 Euro monatlich unbürokratisch zukommen zu lassen.

Angesichts spürbar steigender Kosten für Grundnahrungsmittel, zusätzlichen Ausgaben für notwendige Schutzkleidung und Hygieneartikel bei gleichzeitig wegfallenden oder nur eingeschränkten Unterstützungsangeboten, aber auch erhöhte Kommunikationskosten sind einkommensarme Menschen massiv belastet und in wachsender Not. Die Betroffenen verfügen in der Regel über keinerlei Rücklagen und viele von ihnen zählen zu den sogenannten Risikogruppen.

„Zusätzlich zur sozialen Isolation leiden die Menschen unter materiellen Entbehrungen. Sie alle brauchen und verdienen unsere Solidarität und Unterstützung“, so der Appell der Unterzeichnerinnen und Unterzeichner des Aufrufs.

Auch Rentnerinnen und Rentner, die aufgrund niedriger Rentenbezüge ihren Lebensunterhalt kaum bestreiten können und deshalb auf Grundsicherung im Alter angewiesen sind, sollen deshalb während der Pandemie mit 100 Euro zusätzlich im Monat unterstützt werden.

Martin Gross, ver.di Landesbezirksleiter: „Etlche Rentnerinnen und Rentner konnten sich aufgrund ihrer früheren Tätigkeiten in jetzt endlich als systemrelevant eingestuftem Berufen keine auskömmliche Rente erwirtschaften. So sind beispielsweise viele Frauen, die ein Leben lang im Einzelhandel gearbeitet haben, jetzt im Alter auf Sozialleistungen angewiesen. Alle mit zu niedrigen Renten müssen während der Pandemie dringend zusätzlich und unbürokratisch unterstützt werden. Sie gehören alle zur Risikogruppe und haben jetzt erhöhte Bedarfe.“

Oberkirchenrat Dieter Kaufmann, Vorstandsvorsitzender Diakonisches Werk Württemberg: „Vor diesem Hintergrund ist es zwingend, dass die Grundrente wie geplant zum Januar 2021 eingeführt wird und nicht der Corona-Pandemie zum Opfer fällt. Menschen, die Jahrzehnte lang gearbeitet haben, dürfen im Alter nicht auf Sozialleistungen angewiesen sein. Viele nehmen aus Scham die Leistungen gar nicht in Anspruch und sind deshalb statistisch auch nicht erfasst.“

„Die gesetzliche Rente darf keine finanzielle Manövrierreserve des Sozialstaats sein. Sie muss ein auskömmliches Leben im Alter gewährleisten – in Würde und ohne Gang zum Sozialamt oder zum Jobben im hohen Alter“, betont Ursel Wolfgramm, Vorstandsvorsitzende des PARITÄTISCHEN Baden-Württemberg. „Deshalb lehnen wir auch alle



derzeitigen Überlegungen ab, den Start der Grundrente wegen der Corona-Krise zu verschieben. Die Betroffenen brauchen gerade in diesen schwierigen Zeiten mehr Absicherung“, so Wolfgramm.

Roland Sing, VdK-Landesvorsitzender: „Der Sozialverband VdK weiß ebenfalls um das Problem der verschämten Armut im Alter. Daher ist es wichtig, dass die Grundrente – ungeachtet der Corona-Krise – realisiert wird. Und es ist wichtig, dass schon heute die Bezieherinnen und Bezieher von Grundsicherung im Alter oder bei Erwerbsminderung unbürokratisch mindestens 100 Euro zusätzlich im Monat bekommen. Schließlich hat der Lockdown auch dazu geführt, dass die oft auch von Rentnern ausgeübten Minijobs ohne finanziellen Ausgleich entfallen sind. Zudem wurde das Angebot von Tafeln und vergleichbaren Einrichtungen reduziert oder eingestellt“.

Kontakt:

- [Name
- Anschrift
- Telefon
- E-Mail]